

Recht auf reproduktive Selbstbestimmung stärken

Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass alle Menschen diskriminierungsfrei, ohne Bevormundung und unabhängig von ihrer sozialen oder ökonomischen Situation über ihre Familienplanung und ihr Sexualleben entscheiden können. Noch immer müssen Frauen um ihre reproduktiven und sexuellen Rechte kämpfen – weltweit und auch in Deutschland. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für die Streichung des Paragraphen 219a im Strafgesetzbuch ein. Schwangerschaftskonflikte belasten betroffene Frauen – eine zusätzliche Belastung durch strafrechtliche Stigmatisierung wollen wir verhindern.

Darüber hinaus sehen wir es als dringend geboten an, weitere Maßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu ergreifen, um die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen zu stärken:

- Sogenannte „Gehsteigbelästigungen“ oder „Mahnwachen“ von fundamentalistischen Gegner:innen reproduktiver Selbstbestimmung in unmittelbarer Nähe vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und ärztlichen Praxen setzen schwangere Frauen psychisch unter Druck und erschweren die Arbeit der Beratungsstellen und Arztpraxen. Schwangere Frauen haben ein Recht auf eine sachliche, anonyme und ungestörte Beratung. Das Vorgehen bei „Gehsteigbelästigungen“ verletzt das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Schwangeren – sie sollten ohne Belästigung eine Beratungsstelle oder Arztpraxis aufsuchen können. Gleichzeitig sollten auch Berater:innen und Ärzt:innen ihren Beruf ungestört ausüben können. Um ein störungsfreies Beratungsangebot sicherzustellen, regen wir eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung zum Schutz von Hilfe suchenden Schwangeren an, die auch die Länder einbezieht.
- Gemäß dem Schwangerschaftskonfliktgesetz muss sichergestellt sein, dass hinreichend persönlich und fachlich qualifiziertes Personal sowie weitere Fachkräfte zur Verfügung stehen, damit Frauen überall bei der selbstbestimmten Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch durch eine qualitativ hochwertige und allumfassende Beratung Unterstützung finden. Im Sinne eines modernen Gesundheitsverständnisses muss weiterhin gewährleistet sein, dass Frauen und Männern ein umfassendes Angebot von Beratungsleistungen zur Familienplanung und Sexualität bereitsteht.
- In der Familienplanung müssen Menschen selbstbestimmte Entscheidungen treffen können. Verhütungsmittel sollten unabhängig vom Einkommen zugänglich sein. Wir fordern deshalb einen kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln. Außerdem muss die Forschung zu Verhütungsmitteln – insbesondere auch für Männer – ausgebaut und breiter gefördert werden.